

V0856/22

Fahrräder für Kinder mit IngolstadtPass

- Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2022 -

Stellungnahme der Verwaltung

(Referent: Herr Fischer)

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 30.11.2022

Der Gemeinschaftsantrag V0249/22 und der Antrag der Verwaltung V0856/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Nach nochmaliger Abstimmung mit der Kämmerei, verweist Herr Fischer auf einen Änderungsvorschlag. Er teilt mit, dass die Ziffer zwei des Antrags wie folgt geändert werden soll:

„Die Zuwendung erfolgt direkt an das förderberechtigte Kind im Rahmen des vereinfachten Verfahrens im Sinne der Ziffer 17 der Allgemeinen Zuwendungs- und Förderrichtlinie der Stadt über die Gewährung von Zuwendungen an Dritte.“

Dies führe dazu so Herr Fischer, dass man Fahrräder entweder neu oder gebraucht kaufen könne. Nach seinen Worten bedürfe es hier keiner großen zusätzlichen, speziellen Richtlinien. Weiter verweist er auf die allgemeine Zuwendungs- und Förderrichtlinie der Stadt zur Bildung von Förderrichtlinien über die Gewährung von Zuwendungen an Dritte, welche ein vereinfachtes Verfahren für solche kleinen Betragsförderungen vorsehen würden.

Stadtrat Schäuble fragt nach, ob dann jedes Kind mit einem Ingolstadt Pass mit 150 Euro bedacht werde.

Die Zuwendungsrichtlinie sehe den Verwendungsnachweis vor. Nach Vorlage einer Kaufrechnung oder einer Quittung erfolgt die Erstattung, so Herr Fischer.

Das Ziel sei ganz klar, dass alle Kinder Fahrrad fahren lernen, so Stadtrat Schäuble. Ob dies allerdings der richtige Ansatz sei, stellt er in Frage. Das Ziel müsse sein, dass die Kinder Fahrräder erhalten um zu fahren und nicht, dass weiterhin die Fahrradhändler gefördert würden, welche bereits in den letzten Jahren durch den Zuschuss für Lastenräder, großzügig unterstützt werden. Auch sei bedenklich, dass dann ein Fahrrad für 150 Euro oder mehr gekauft werde, damit die volle Förderungssumme ausgeschöpft werde. Stadtrat Schäuble betont, dass er für seine Kinder zum Lernen des Radfahrens, gut gebrauchte Räder erworben und weniger dafür bezahlt habe. Deswegen glaube er hier Anreize zu schaffen, welche in die falsche Richtung gehen. Insofern werde er hier nicht zustimmen. Er regt an, dass die Verwaltung einen Vorschlag erarbeiten solle, dass über die Caritas oder ähnliche Ausgaben, Kinder mit Ingolstadt Pass, Fahrräder anschaffen können.

Stadtrat Stachel schließt sich seinem Vorredner an. Er halte dies für eine Überförderung, da es deutlich günstigere Fahrräder, im gebrauchten Bereich gebe. Diese gute Idee sei aber nach seinen Worten deutlich zu weit gesprungen. Insofern werde er hier nicht zustimmen.

An Stadtrat Stachel gewandt informiert Bürgermeisterin Kleine, dass dieser TOP im Sozialausschuss zurück in die Fraktionen verwiesen worden sei.

Diese Förderung beinhalte mehrere Dinge, so Stadtrat Dr. Spaeth. Zum einen solle Ingolstadt-Pass-Bezieher-Kinder die Möglichkeit für ein eigenes Fahrrad gegeben werden. Die ursprüngliche Überlegung sei gewesen, dies nur über die Fahrradhändler abzuwickeln.

Man habe sich hier Gedanken über eine einfache Abwicklung, sowohl für die Verwaltung, als auch für die Bezieher gemacht. Dadurch sei die Frage aufgekommen, ob eine Abwicklung über gebrauchte Fahrräder erfolgen könne. Um aber hier eine gewisse Gleichheit zu erzielen, sollte nicht die Möglichkeit für den Kauf eines neuen Fahrrads, gerade im Hinblick, auf Geschwisterkinder, verwehrt werden. Das Fahrrad könnte hier weitergereicht werden. Stadtrat Dr. Spaeth spricht sich positiv für den Verwaltungsvorschlag aus und dass dieser auch für gebrauchte Fahrräder genutzt werden könne. Wenn ein Fahrrad weniger als 150 Euro kostet, dann werde auch nur der anfallende Betrag erstattet. Weiter habe man über ein Fahrradhelm und ein Fahrradschloss gesprochen. Wenn dies zusätzlich zum Fahrrad noch mit angeschafft werde, komme man auf die Summe von 150 Euro. Zum anderen sollen die Kinder nicht nur Fahrradfahren lernen, sondern dies auch umsetzen. Dies habe zum einen mit der Sicherheit zu tun, welche sie im Verkehr erlangen und zum anderen verweist er auf den Klimaschutz. Wer früher Fahrradfahren lernt, verzichtet später eher aufs Auto. Mit dieser Förderung werden zwei Zwecke erfüllt und insofern halte Stadtrat Dr. Spaeth dies für sinnvoll. Er unterstütze den Vorschlag der Verwaltung.

Stadtrat Achhammer glaube, dass der Antrag teilweise am Ziel vorbei gehe. Er verweist auf die Fahrradprüfung der Kinder in der vierten Klasse und merkt an, dass diese eigentlich schon Fahrrad fahren können. Dies bedeute dann auch, dass diese in der Regel meist schon ein Fahrrad besitzen. Daher geht der Antrag am Ziel vorbei und insofern werde Stadtrat Achhammer hier nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf merkt an, dass die Verkehrswacht für die Fahrradprüfung Leihräder anbiete.

Zum Thema Förderung fragt Stadtrat Stachel nach, ob diese Förderung nicht in irgendeiner Weise schädlich für andere Zuwendungen aus dem Sozialbereich sei. Denn dadurch würde man das Ganze konterkarieren.

Es werde der Kauf erstattet, so Herr Fischer. Dies sei im Endeffekt eine einfachere Variante, als das Ganze als Sachausgabe durch die Verwaltung zu regeln. Er betont, dass hier keine Anrechnung auf die Sozialleistungen erfolgt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0856/22:

Gegen 5 Stimmen:

1. Die Stadt Ingolstadt bezuschusst die Anschaffung von Fahrrädern für Kinder mit 150€. Berechtig sind Kinder die einen IngolstadtPass besitzen und erfolgreich die Fahrradprüfung absolviert haben.
2. **Die Zuwendung erfolgt direkt an das förderberechtigte Kind im Rahmen des vereinfachten Verfahrens im Sinne der Ziffer 17 der Allgemeinen Zuwendungs- und Förderrichtlinie der Stadt über die Gewährung von Zuwendungen an Dritte.**
3. Für das Jahr 2023 werden die Mittel in Höhe von 22.500 Euro auf der HHSt. 490010.788200 (Sonst. Soziale Angelegenheiten – Sonstige soziale Leistungen) zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt über das Budget des Jobcenters / Referatsverwaltung.
4. Dem Gemeinschaftsantrag der Stadtratsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2022 wurde damit entsprochen.

